

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten  
Wöchentliches Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage  
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag des Buchdruckers Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

**Verkaufsweg:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.  
**Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mk., bei Zustellung ins Haus monatlich 1.80 Mk., durch den Postbezugsdienst monatlich 2.00 Mk. — ohne Zustellungsgebühr.  
Alle Postämter, Postboten, sowie Zeitungsverleger und die Geschäftsstellen des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Natur — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis:** Die gespaltene Grundzeile (Zim. 10 bis 14 oder deren Raum 2 — Mk., bettliche Anzeigen 1.50 Mk. Im Tagblatt (Zim. 10 bis 14) 5. — Mk., die gespaltene Zeile bei Wiederholungen nachfolgend nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 4. — Mk. — Für bestimmte Tage oder Plätze unter keine Gewähr geleistet. — Druckort Bischofswerda.

Nr. 298.

Donnerstag, den 22. Dezember 1921.

76. Jahrgang

## Die Aenderung der Reparationen.

Frankreich will die Kontrolle über die deutschen Zölle. — England verzichtet auf seine Forderungen an Deutschland.

London, 20. Dezember. (Draht.) Laut „Manchester Guardian“ verlässt von französischer Seite, daß die dem britischen Schatzamt gestern unterbreitete französische Note im wesentlichen bedeute, daß Frankreich bereit sei, einem teilweisen bzw. vollständigen Moratorium für die deutschen Zahlungen zuzustimmen, jedoch unter gewissen Bedingungen. Die französische Note erklärt weiter, es müssen Garantien dafür geschaffen werden, daß Deutschland durch eine Finanzreform in den Stand gesetzt werde, in dem auf den Zeitpunkt des Moratoriums folgenden Jahre seine Reparationen zu zahlen. Die von Frankreich geforderten Garantien umfassen u. a. die Kontrolle über die deutschen Zölle und fordern, daß die Reichsbank dieselbe Unabhängigkeit erhalte, wie sie die Bank von England und die Bank von Frankreich besitzen und nicht auf Befehl der deutschen Regierung eine unbeschränkte Menge von Papiergeld ausgeben darf.

Die Politik Lloyd Georges sei die folgende: England ist bereit, die französischen militärischen Sicherheiten auf folgende Art zu garantieren: Zunächst müssen die Reparationsverpflichtungen aus dem Wege geräumt werden. Zu diesem Zwecke sei England bereit, den gesamten Reparationsplan zu revidieren. England gibt seine gesamten Forderungen an Deutschland auf unter der Begründung, daß die verwüsten Gebiete Großbritanniens kein Handel ist und daß die einzige Art der Erholung und Wiederherstellung des europäischen Handels an die Befreiung der durch das fruchtlose Reparationsproblem geschaffenen Atmosphäre geknüpft ist. Die erste und wichtigste Bedingung, auf die Lloyd George dringen wird, sei, daß Frankreich sowohl zu Lande wie zur See abzurüste. Die von Frankreich als Bedingung für seine Abrüstung geforderten Sicherheiten sollen dadurch garantiert werden, daß die ausgebildeten von den Alliierten besetzten Zonen westlich des Rheins neutralisiert werden. Ihre Neutralität werde von England, Frankreich, Deutschland und möglicherweise auch von Belgien garantiert werden. Jede Partei, die Truppen in diese Zone sendet, solle von den übrigen Parteien daraus vertrieben werden. Wie das Blatt weiter berichtet, will Lloyd George nach der Regelung der Reparations- und Abrüstungsfrage die Frage des neuen Ostens in Angriff nehmen. Frankreich soll endgültig erjagt werden, die Sowjetregierung de jure anzuerkennen. Lloyd George erklärte, England sei grundsätzlich entschlossen, die Sowjetregierung anzuerkennen. Die französische Regierung sei bereit, Rußland unter ähnlichen Bedingungen anzuerkennen, wie sie sie für die Gewährung des Moratoriums an Deutschland stellt.

## Die Konferenz am Donnerstag beendet

London, 20. Dezember. (Draht.) Lloyd George soll beschließen, am Freitag für die Weihnachtsferien nach seinem Lande zu gehen. Die Konferenz endet daher am Donnerstag, spätestens am Freitag früh ihr Ende.

## Eine Fünfsmächtekonferenz.

London, 20. Dezember. (Draht.) Über die heutige Konferenz verläutet noch: Lloyd George hat für Anfang Februar eine Fünfsmächtekonferenz vorgeschlagen, zu der auch Vertreter Rußlands und Deutschlands eingeladen werden sollen.

## Wenig aus der Welt

— Ein Wagen mit Weihnachtsbäumen in Berlin gestürzt. In der Rheinberger Straße zu Berlin wurde am Dienstag vormittag ein Wagen mit Weihnachtsbäumen von Passanten gepöbelnd. Der Gewaltakt ist darauf zurückzuführen, daß der Verkäufer der Weihnachtsbäume übermäßige Preise forderte. Auch gegenüber anderen Weihnachtsbaumverkäufern nahm das Publikum eine drohende Haltung ein. Die Wachstumsabteilung der Berliner Polizei ist angewiesen, Preistreiber im Weihnachtsbaumhandel zu verhindern.

— Vier Bauerngüter niedergebrannt. In Gosen bei Ertner brannten vier mit Stroh gedeckte Bauernhäuser mit sämtlichen Stallungen und Erntevorräten ab. Der

Feuerschritt ist viel Vieh zum Opfer gefallen. Die Ursache konnte noch nicht festgestellt werden.

## Aus Sachsen.

### Minister Dipski für eine Erweiterung der Regierungskoalition.

Auf der dieser Tage in Leipzig stattgefundenen Generalversammlung der U. S. P. machte der sächsische unabhängige Innenminister Dipski u. a. Ausführungen, aus denen nicht nur hervorgeht, daß auch im Lager der Unabhängigen mit der Möglichkeit einer Umbildung der sächsischen Regierung gerechnet wird, sondern daß auch für diesen Fall selbst Herr Dipski den Gedanken nicht ganz von der Hand weist, daß seine Partei evtl. auch sich der Hilfe linksgerichteter bürgerlicher Kreise bedienen würde, wenn es die sozialistische Herrschaft zu sichern geeignet wäre. Er führte u. a. aus: „Mit der bürgerlichen Klasse kann es keine Koalition geben, es kann aber eine Situation eintreten, wo die Arbeiter nahezu die Macht haben. Sollen sie dann auf die Macht verzichten oder den Bürgerlichen einen Splitter der Macht hinreichen? Bei der Koalitionsregierung kommt es nicht bloß darauf an, was sie erreicht, sondern auch was sie verhindert.“ Die Haltung der bürgerlichen Presse beweist, daß der Einfluß der Unabhängigen in der Regierung groß sei. Trotz des Zahlenverhältnisses ist die Wirkung eine andere. Man solle nicht nach Stimmung urteilen, sondern auch die Machtverhältnisse beachten und danach sein politisches Verhalten einrichten.

Pirna, 21. Dezember. Gewalttätige Christbaumdiebe wurden in zwei Handarbeitern aus Reudersfel ermittelt. Als sie in dem Walde eines Lindenauer Gutsbesitzers beim Christbaumstehen ertappt wurden, gebrauchten sie Gewalt gegen den Sohn des Waldbesitzers, indem ihn der eine von hinten erfaßte, an der Kehle festhielt und mit den Knien in den Rücken stieß, um ihn zu Fall zu bringen, während der andere ihn mit dem Beile zu erschlagen drohte. Der Mißhandelte vermochte sich aber wieder freizumachen, worauf die Holzdiebe mit den Bäumen die Flucht ergriffen.

## Aus der Oberlausitz

Bischofswerda, 21. Dezember.

— Die gestrige Stadtordeungsung wies eine schwache Beteiligung auf, das Kollegium war nur durch 12 Mitglieder vertreten. Zunächst wurde eine Anzahl Rechnungen richtig gesprochen. Sodann berichtete Stv. Akter über die Anstellung eines 3. Gewerbeschullehrers. Die ständigen Beiräte der Gewerbeschule reichen nicht aus und es wurde bisher von Bürgerschullehrern als Überstunden Unterricht an der Gewerbeschule erteilt. Man will nun an Stelle der Überstunden einen besonderen Gewerbeschullehrer anstellen. Die Mehrausgabe beträgt nach dem Bericht des Referenten nur etwa 4.3000.—, da der Staat 1/2 des Beziehergehaltes übernimmt. Bei der Aussprache äußert sich Stv. Eckardt dahin, daß man die Gewerbeschule immer mehr ausbaue, während man andererseits sich mit dem Gedanken trage, die für die hiesige Stadt nicht minder wichtige Handelsschule eingezogen zu lassen. Stv. Dr. Strübig spricht sich ebenfalls für die Beibehaltung der Handelsschule aus und stellt fest, daß er seinerzeit sich nicht im Sinne ihrer Aufhebung ausgesprochen, sondern lediglich über das referiert habe, was man im Ausschuss besprochen habe. Stv. Jente weist darauf hin, daß es sich nicht um die Handelsschule überhaupt, sondern lediglich um die Frage der Aufhebung der Mädchenhandelschule gehandelt habe, die in Erwägung gezogen wurde. Bei der bürgerlichen Seite des Hauses ist wenig Sympathie für die glatte Genehmigung des neuen Gewerbeschullehrers und Stv. Eckardt schlägt angesichts der schwachen Beteiligung Verbotung des Punktes vor. Schließlich wurde jedoch die Vorlage gegen die Stimme des Stv. Rahn genehmigt. — Eine längere Aussprache rief die Erhöhung des Zinsfußes für Spartaftendarlehen hervor. Die Spartaftenvorgütung für Einlagen 3 1/2 % und nimmt für Hypothekendarlehen 4 1/2—4 1/4 %. Die Spannung beträgt also nur 1/2 bis 1 %, und bringt bei den dem gesunkenen Geldwert entsprechenden Verwaltungskosten der Spartaftens nicht mehr so viel Erträge, daß die Ausgaben gedeckt werden können, während früher die Spartaftens 60—80 000 Mk. jährlichen Überschuß ergab. Da natürlich nicht andauernd mit Unterstützung gearbeitet werden kann, schlägt der Rat eine Erhöhung des Hypothekenzinsfußes auf 5 1/2 für diese und auf 5 1/4 für auswärtige Darlehenssuchende vor. Auf Anregung

des Spartaftensverbandes ist eine allgemeine Erhöhung des Zinsfußes für Spartaftendarlehen im Gange. Stv. Eckardt spricht die Erwartung aus, daß die größeren Spartaftens der Umgebung ebenfalls mit gleichen Erhöhungen bald folgen werden. Stv. Dr. Strübig befürchtet von der Erhöhung eine zu große Belastung der Grundstücke, namentlich der Mietgrundstücke. Dresden habe eine Unterscheidung zwischen Miet- und gewerblichen Grundstücken gemacht und den Zinsfuß bei ersteren auf 4 1/2 und bei letzteren auf 5 % festgesetzt. Er schlägt für hier einen Zinsfuß von 5 und 5 1/2 Prozent vor. Stv. Jente befürchtet, daß die höheren Hypotheken sämtlich auf den Mieter abgewälzt werden und spricht sich für eine Herabsetzung auf 4 1/2 bzw. 5 % aus. Nachdem man zu keiner Einigung gelangen kann, wird auf Antrag Jente die Sitzung auf 5 Minuten unterbrochen und die Fraktionen treten zu Beratungen zusammen. Bei Wiederaufnahme der Sitzung teilt Stv. Dr. Strübig mit, daß seine Freunde für die Ratsvorlage seien, er selbst jedoch seinen Antrag auf Herabsetzung auf 5 bzw. 5 1/2 aufrecht erhalte. Stv. Jente erklärt, daß die Sozialdemokraten dem Antrag Strübig nicht beitreten, dagegen nunmehr für die Ratsvorlage stimmen würden, jedoch unter der Bedingung, einer gerechten Mietsfestsetzung, nach welcher auch der Hauswirt seinen Anteil an der Hypothekenerhöhung zu tragen habe. Die Ratsvorlage wurde sodann gegen die Stimme des Stv. Dr. Strübig angenommen. — Der Giroverband will künftig die Gewährung von Personalkredit zu mäßigem Zinsfuß aufnehmen und hat vom Staat die Genehmigung hierzu erhalten. Alle Personalkredite müssen grundpfändlich über die Zentrale gehen. Gewährt werden Wechselkredite, Warenkredite oder reine Personalkredite. Der Giroverband haftet mit 50 % des Ausfalls, für die übrigen 50 % haftet die Girokasse. Der Herr Bürgermeister betont, daß der Giroverband den Großbanken keine Konkurrenz machen, sondern lediglich praktische Mittelstandspolitik treiben wolle. Der Giroverband würde es begrüßen, wenn die Großbanken nun gemeinsam zur Konkurrenz gegen den Giroverband ihren hohen Zinsfuß herabsenken würden. Damit hätte er den Zweck seines Vorgehens bereits erreicht und eine wesentliche Erleichterung der Wirtschaftslage geschaffen. Stv. Plasnik wünscht, daß namentlich die kleineren Kreditgeber berücksichtigt würden. Stv. Dr. Strübig verweist in der Ratsvorlage die Angabe des Zinsfußes. Er spricht sich für einen solchen von 7 % aus. Nachdem sich auch Stv. F. Rommholz für die Vorlage ausgesprochen, erfolgt einstimmige Annahme. — Nach einer Kenntnisnahme wird die Sitzung geschlossen und der Vorsitzende entbietet dem Kollegium seine besten Wünsche für die Feiertage und das neue Jahr.

— Im Dunkeln lag gestern Abend unsere Stadt, da das elektrische Licht plötzlich in den Streik eingetreten war. Bereits um 5 Uhr machten sich Störungen bemerkbar und gegen 6 Uhr verlagte das Licht völlig. Kerzen und Petroleumlampen waren plötzlich sehr begehrte Gegenstände und wer noch Beslicht hatte, konnte diesmal triumphieren. Die Ursache der Störung lag in einem hiesigen Transformator und wurde von telephonisch herbeigerufenen Arbeitern des Großrührdorfer Werkes beseitigt. Nach reichlich 1 1/2 Stunden erstrahlte das elektrische Licht wieder.

— Schöffengericht zu Bischofswerda, Sitzung vom 20. Dezember. Vorsitzender: Herr Amtsgerichtsrat Seifert. Schöffen: Herren Ortsrichter Hoyer, Frankenthal und Maurerpolier Welter, Schönbrunn. 1. Zu einer ausgedehnten Sitzung führte die Verhandlung in der Strafsache gegen die 30jährige Ehefrau Selma Hedwig des Metallarbeiters Marschner von hier. Es waren außer 7 Zeugen noch als Sachverständiger Herr Dr. med. Böhm erschienen. In dem Eröffnungsbeschluss wird der Angeklagten zur Last gelegt, ihre 4 Söhntinder und namentlich den kleinen jüngsten Sohn des öfteren in übermäßiger Weise gequält zu haben. Auch sollen die Kinder manchmal gebürgert haben. Durch die Zeugenaussagen wurde erwiesen, daß gerade dieser kleine Sohn oft mit Beulen und Striemen erschien, die nur durch rohe Art der Züchtigung entstanden sein können. Wenn die Frau als Mutter auch an und für sich keinen leichten Stand mit den 4 Kindern hatte, so durfte sie doch in der Behandlung der Kinder nicht so weit gehen, wie sie es tatsächlich getan hat. Das Gericht verurteilte die Angeklagte unter Verlegung mildernder Umstände zu der gefehlich niedrigsten Strafe von 2 Monaten Gefängnis. — 2. Der 32jährige Farmer Max Louis Hühnel aus Dresden machte sich am 28. November des Diebstahls im Rückfall schuldig, indem er sich in den Besitz eines an der Tür zur Poststraße stehenden Fahrrades im Werte von 500 Mk. setzte. Der Angeklagte war